



MEMORANDUM

Für eine Forschungswende zur Sicherung der Welternährung

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Germanwatch e.V.

IWE –Institut für Welternährung
World Food Institute e.V.

Naturfreunde Deutschland e.V.
Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur

Slow Food Deutschland e.V.

Recht auf Nahrung verwirklichen

Die Charta der Vereinten Nationen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ebenso wie die Sustainable Development Goals (SDG) der Weltgemeinschaft bekräftigen das Recht aller Menschen auf eine angemessene Ernährung. Trotz mancher Fortschritte bei der Überwindung des Hungers ist dieses Recht bis heute weit von seiner Verwirklichung entfernt.

Grundsätzlich könnte die Erde genug Nahrungsmittel erzeugen, um alle Menschen satt zu machen. Dennoch leidet mehr als ein Drittel der Menschheit dauerhaft an Hunger oder Mangelernährung, während gleichzeitig immer mehr Menschen fehlernährt, übergewichtig und dadurch gesundheitlich beeinträchtigt oder gefährdet sind.

Die Hungernden und Mangelernährten leben überwiegend in den Ländern des Globalen Südens auf dem Land als Kleinbauern, Hirten und Fischer. Hinzu kommt ein wachsender Teil von verarmter Bevölkerung in den Metropolen von Entwicklungs- und Schwellenländern. Demgegenüber macht sich unausgewogene Ernährung und Übergewicht mit steigender Tendenz in den Industrieländern, zunehmend aber auch in den wohlhabenden Schichten von Entwicklungs- und Schwellenländern breit.

Die Hauptursachen für den derzeitigen Zustand der Welternährung liegen, abgesehen von Naturkatastrophen, Kriegen und Aufständen, in der global sehr ungleichen Verteilung von Reichtum und Armut. Hinzu kommen der Mangel an Zugang zu Wissen, Ausbildung, Boden, Wasser und Kapital für kleinbäuerliche Betriebe und die mangelhafte Infrastruktur ländlicher Regionen, insbesondere der fehlende Zugang zu Märkten. Darüber hinaus beeinträchtigt die starke Benachteiligung von Frauen (Gender Gap), die eine Schlüsselrolle bei der Ernährung einnehmen die Ernährungssicherheit. Die industrialisierte Land- und Ernährungswirtschaft und der globalisierte Lebensmittelhandel konzentrieren sich demgegenüber vorrangig auf die Interessen der kaufkräftigen Verbraucher, dies vor allem mit intensiv verarbeiteten Lebensmitteln und einem sehr hohen Anteil tierischer Erzeugnisse mit der Folge, dass mehr und mehr Ackerflächen für den Anbau von Futtermitteln benötigt werden.

Grenzen des Systems

Das heute favorisierte System von Landwirtschaft und Ernährung beruht auf einem hohen Einsatz an kapitalintensiver Technik, klimaschädlicher fossiler Energie, chemisch-synthetischen Pestiziden und nur noch begrenzt verfügbarem Mineraldünger (insbesondere Phosphat). Mit seinen großflächigen Monokulturen und industriellen Tierhaltungsanlagen ist dieses System auf den Einsatz wachsender Mengen von chemischen und pharmazeutischen Wirkstoffen angewiesen, dies sowohl auf den Äckern als auch in den Ställen. Das zurzeit favorisierte System ist einseitig auf kurzfristigen wirtschaftlichen Erfolg ausgerichtet und vernachlässigt soziale und ökologische Grundanforderungen ebenso wie den Schutz und die Erhaltung der

natürlichen Ressourcen für zukünftige Generationen. Gleichzeitig trägt es massiv zum Klimawandel und Verlust wertvoller Ökosysteme bei.

Die Entwicklungsländer werden zur Abhängigkeit als Rohstofflieferanten für die Industrieländer verurteilt. Sie werden zum Experimentierfeld internationaler Agrar- und Lebensmittelkonzerne, zu Abfallhalden nicht verkäuflicher Überschüsse der Industriestaaten. So wird dort die Existenz von Kleinbauern zerstört. Schließlich verändert die hochverarbeitende Ernährungsindustrie mit umfassenden Marketingstrategien gezielt das Konsumverhalten auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern.

Grundlegende Wende zwingend

Diese Form der Land- und Ernährungswirtschaft ist schon heute nicht in der Lage, das Recht auf Nahrung für alle Menschen zu sichern. In Zukunft wird sie dies angesichts der wachsenden Weltbevölkerung noch weniger können. Die Sicherheit der Welternährung wird zudem zusehends in Frage gestellt durch Klimawandel, zunehmende Urbanisierung, „Verwestlichung“ der Ernährungsgewohnheiten sowie die Begrenztheit wichtiger Ressourcen für die Landwirtschaft, insbesondere der fruchtbaren Böden und der für das Pflanzenwachstum wichtigen Mineralstoffe und Wasser. Wachsende Risiken durch die Beeinträchtigung wichtiger Ökosystemleistungen und den Verlust biologischer Vielfalt auf Äckern, Weiden und in Ställen kommen hinzu.

Gleichzeitig wächst die Konkurrenz um den fruchtbaren Boden weltweit. Der steigende Fleischkonsum führt zu wachsenden Flächenansprüchen für den Anbau von Futtermitteln und erhöht den Ausstoß klimaschädlicher Gase. Der Wettlauf um fruchtbares Land wird zusätzlich angeheizt durch den großflächigen Anbau von Pflanzen insbesondere für Agrotreibstoffe und industrielle Rohstoffe. Diese Entwicklung wird weiter verschärft durch die Bioökonomie-Konzepte vieler Länder, die – zum Ende des fossilen Zeitalters – ihre Rohstoffquellen auf die Äcker der Welt verlagern.

Schließlich stehen auch die massiven Verluste durch das Wegwerfen von Lebensmitteln vom Acker bis zum Teller der Sicherung der Welternährung entgegen. Verschärfend wirken der spekulative Einsatz von Kapital im globalen Handel mit Agrarrohstoffen und die großflächigen Landakquisitionen durch finanzkräftige Konzerne für kommerzielle Zwecke (Land Grabbing).

Die Ernährung von zukünftig 10 Milliarden Menschen erfordert eine grundlegende Wende des Agrar- und Ernährungssystems und seiner Wissenschaften.

Keine Ernährungswende ohne Forschungswende

Bisher fließt der weitaus größte Teil der Forschungsmittel immer noch in den weiteren Ausbau der industrialisierten Landwirtschaft und hochverarbeitenden Ernährungsindustrie. Hier müssen durch einen Paradigmenwechsel die Weichen neu gestellt werden. Dabei muss der Beitrag, den Forschung zur Lösung dringender

gesellschaftlicher Probleme und zur Transformation in ein postfossiles Zeitalter leistet, neu bewertet werden. Nur durch eine Neubewertung angewandter sozialökologischer Forschung und eine Neuverteilung der öffentlichen Fördermittel kann die notwendige Forschungs- und Ernährungswende auf den Weg gebracht werden.

Vorrang verdient Forschung, die die grundlegenden Anforderungen an eine zukunftsfähige, nachhaltige, ökologische und eigenstabile Landwirtschaft und eine verbrauchernahe Versorgung der Menschen mit vielfältigen und gesunden Lebensmitteln bedenkt. Sie muss bis 2050 zur Klimaneutralität des Systems beitragen. Dabei müssen rechtliche, soziale, ökologische und ethische Fragen stärker berücksichtigt werden. Forschung muss so dazu beitragen, die überwiegend kleinbäuerliche Landwirtschaft weltweit zu stärken, ihre natürlichen Produktionsgrundlagen zu erhalten und zu verbessern. Denn hier liegt ein enormes Potential für Ertragssteigerungen, die unmittelbar denjenigen zugutekommen, die heute besonders an Hunger und Mangelernährung leiden. Zusätzlich muss zukunftsorientierte Forschung die städtische und stadtnahe Landwirtschaft für die Versorgungssicherheit der wachsenden Städte fördern und die Rückführung des globalisierten Agrar- und Ernährungssystems in lokale und regionale Kreisläufe ermöglichen.

Erzeuger und Konsumenten müssen durch die Erkenntnisse einer solchen Forschung zu eigenständigen Entscheidungen befähigt werden. Darüber hinaus muss Forschung die herrschenden Machtstrukturen und Einflussmechanismen auf den Agrar- und Lebensmittelmärkten einschließlich deren vorgelagerter Industrien untersuchen und sich um Strategien zu ihrer Begrenzung und Veränderung bemühen.

Keine Forschungswende ohne Zivilgesellschaft

Notwendig ist eine verstärkte interdisziplinäre und interkulturelle Zusammenarbeit, eine stärkere Beteiligung der unmittelbar Betroffenen sowie der einschlägigen Organisationen der Zivilgesellschaft an den transdisziplinären Forschungsprozessen. Dabei müssen Ansätze und Erfahrungen der „Bürgerwissenschaft“ (Citizen Science) einbezogen werden.

Die unterzeichnenden Personen und Organisationen fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen, speziell ihre Ministerien für Wissenschaft und Forschung sowie für Ernährung und Landwirtschaft, auf, ihre Forschungsplanung und Förderpraxis zu überprüfen und die Vergabe öffentlicher Mittel an der Notwendigkeit einer Agrar- und Ernährungswende auszurichten. Dies gilt auch für die Mitwirkung bei Planung und Verteilung von Forschungsmitteln im Rahmen der EU und der bi- und multilateralen internationalen Zusammenarbeit in der Agrar- und Ernährungsforschung. An diesen Planungs- und Vergabeprozessen muss die Zivilgesellschaft stärker beteiligt werden.